

BI Dammhausen: Buxtehudes Bürgermeisterin punktet mit Behelfsampeln



1

BUXTEHUDE. Das Ergebnis war am Ende einstimmig in Lemmermanns Gasthaus. Die Bürgerinitiative (BI) „Wir in Dammhausen“ will gegen die Öffnung des Autobahn-Teilstücks zwischen Horneburg und Dammhausen klagen.

Das Verfahren soll aber ruhend gestellt und nur dann weiterverfolgt werden, wenn die Zusagen, die Landkreis Stade und Hansestadt Buxtehude gegenüber der Ortschaft gemacht haben, nicht eingehalten werden. Rund 80 Bürger aus Dammhausen waren am Dienstagabend dabei, als Buxtehudes Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt und Kreisbaurat Hans-Hermann Bode sich den Fragen der Anwohner der Kreisstraße K 51 stellten.

Fast alle Beteiligten bewerteten das Treffen am Ende als konstruktiv und gut. „Wir waren noch nie so weit, Stadt und Kreis reden auf Augenhöhe mit uns“, sagte BI-Sprecher Hans-Peter Tödter. „Das war heute eine konstruktive Diskussion. Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Dammhauser fühlen, dass ihre Sorgen bei uns gut aufgehoben sind“, ist Bürgermeisterin Oldenburg-Schmidt überzeugt. Sie gehe nach dem Abend davon aus, dass die BI die Klage nicht fortführen wird. Kreisbaurat Bode bewertet das Treffen ähnlich. Es sei eine kompakte, informative Veranstaltung gewesen. „Eine große Mehrheit ist daran interessiert, Lösungen für die Probleme zu finden. Ziel ist es trotz der stark gestiegenen Verkehrsbelastung im Ort die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.“ Seit der beidseitigen Öffnung des A-26-Teilstücks fahren 10 000 Fahrzeuge

werktätig durch den Ort. Das sind 40 Prozent mehr als vorher. Dabei geht es Ortsvorsteher Thomas Sudmeyer besonders um die Schulwegsicherheit.

An diesem positiven Verlauf des Abends hatte Bürgermeisterin Oldenburg-Schmidt einen entscheidenden Anteil. Sie kam den von gestiegenen Verkehrszahlen genervten Einwohnern von Dammhausen gleich an einer zentralen Stelle entgegen. Weil die drei zusätzlichen Bedarfsampeln, eine gibt es bereits am Kindergarten, für den Ort erst im nächsten Jahr in Betrieb gehen können, sollen an den Orten, wo die zusätzlichen Ampeln platziert werden sollen, drei Baustellen-Behelfsampeln ab August 2016 dafür sorgen, dass die Dammhauser sicher die Straße überqueren können. Jede kostet pro Tag 50 Euro. Stehen die drei ein Jahr lang, kostet das der Stadt rund 50 000 Euro.

Die Bürgermeisterin konnte den Bürgern auch eine weitere Sorge beim Thema Anliegerbeiträge teilweise nehmen. Der geplante Bau des kombinierten Fuß- und Radwegs auf der Südseite werde „nichts oder gleich gegen null“ kosten. Die Dammhauser hatten höhere Kosten befürchtet, weil es in der Stadt Buxtehude eine Straßenausbausatzung gibt, die eine Beteiligung der Eigentümer vorsieht. Aufgrund der Tatsache, dass der Landkreis Stade kostenmäßig für den Radweganteil zahlen muss und dieser bereits Fördergelder des Landes beantragt hat, werden die Anlieger entlastet. Außerdem soll beim Umbau der Bushaltestellen im Ort auf der Nordseite links und rechts noch ein 50 Meter langer Schotterweg entstehen.

Insgesamt haben Stadt und Kreis der Ortschaft jetzt Maßnahmen im Wert von rund einer Million Euro angeboten, um die Situation an der K 51 nachhaltig zu verbessern. Nach Fertigstellung dürfte es außerhalb der Innenstädte von Buxtehude und Stade keinen Ort mit einer vergleichbaren Ampeldichte geben.

Eine erfolgreiche Klage gegen die Öffnung des Autobahn-Teilstücks hätte für die Hamburg-Pendler und viele Orte im Alten Land negative Konsequenzen. Das Autobahnstück bliebe so lange geschlossen, bis die Autobahn in Neu Wulmstorf angekommen ist. Das wäre – nach jetzigem Planungsstand – 2021.

Die Anwohner verweisen bei ihrer Klage auf den Planfeststellungsbeschluss 2004. Darin steht: Der 4,4 Kilometer lange, 61 Millionen Euro teure Teilabschnitt zwischen Horneburg und Jork dürfe erst für den Verkehr freigegeben werden, wenn die Anschlussstellen Buxtehude oder Neu Wulmstorf inklusive der Zubringer freigegeben sind.

Die federführende Landesregierung sieht aufgrund von Verkehrszählungen und der zeitweise einseitigen Öffnung des Teilstücks Horneburg–Jork in Richtung Stade rechtlich kein Problem mehr.

Wenn die Maßnahmen wie geplant umgesetzt werden sollen, muss es jetzt schnell gehen. Die Frage, wohin die Ampeln und die Bushaltestellen sollen, muss bis Ende Mai beantwortet sein, damit Fördergelder beantragt werden können. Die Planungen für den Fuß- und Radweg müssen bis 30. September fertig sein. „Das ist ein sportlicher Zeitplan“, sagte Kreisbaurat Bode. Der Weg wird 2,50 Meter breit, und der Grünstreifen zwischen Weg und Straße soll in einer Breite von bis zu 1,50 Meter erhalten bleiben. Allerdings, so der Kreisbaurat, würden beim Bau des Fuß- und Radweges auch einige Privatflächen benötigt.

Einer Umsetzung im Jahr 2017 steht laut Bode nichts im Wege. „Ich gehe fest davon aus, dass das Land die Finanzierung sicherstellt.“ Und: Laut einer Information von Anwohner Alf Niquet wird die Polizei verstärkt das Lkw-Verbot kontrollieren.

Der Streit um die Verkehrssicherheit in Dammhausen – Bürger, Kreis und Stadt ringen um eine Einigung

Der Sprecher der Bürgerinitiative ‚Wir in Dammhausen‘, **Hans-Peter Tödter**, lobte Bürgermeisterin und Kreisbaurat. „Endlich gibt es einen Dialog, endlich werden wir ernst genommen.“ Trotzdem sei das Einreichen einer Klage richtig. Bislang gebe es „nur Absichts- erklärungen, keine konkreten Zusagen. Das bereitet mir Bauch- schmerzen.“ Die Verfahrensruhend- stellung sieht er als Absicherung.

Alf Niquet ist besorgt: Nach der A-26-Freigabe hat sich die Zahl der Unfälle verdoppelt: Vor einer Woche geriet eine Jorkerin in den Gegenverkehr, sie landete auf dem Fußweg, am Montag knallte es am Kreisel. Zum Glück gab’s nur Leichtverletzte. Der Verkehr stieg um 40 Prozent. Ihm gehe es um mehr Verkehrssicherheit. Die Ampeln seien ein Anfang und die Klage eine „Rückversicherung“.

Ortsvorsteher **Thomas Sudmeyer** freut sich, dass Stadt und Kreis auf Forderungen eingehen wollen, „mit denen wir bislang auf Granit bissen“. Er begrüßt, dass Tempo 50 zwischen Buxtehude und Dammhausen geprüft wird. Das Paket ‚Ampeln, Bushaltestellen und Fuß-/Radweg‘ sei „super. Wenn das so kommt, haben wir die Schulwegsicherheit, die wir seit Jahren fordern.“

Der Rechtsexperte der Stadt, Fachbereichsleiter **Ralf Dessel**, mahnte die Bürger, nicht zu viel zu fordern. Buxtehude werde als Verkehrsbehörde „nicht mehr als drei weitere Bedarfsampeln anordnen können“, sagte Dessel mit Blick auf die Rechtslage. Es gehe nur über Ausnahmeregeln, etwa zur Schulwegsicherung. Und: Bei Tempo 30 wären überhaupt keine weiteren Ampeln möglich.

Auch **Tim Feindt** stimmte für die Klage gegen die „rechtswidrige Freigabe“ der A 26. „Wir müssen unsere Rechte wahren“, betont der Dammhauser. Deshalb sei es richtig, das Verfahren erst einmal ruhend zu stellen – „auch um den Druck aufrecht zu erhalten“. Das Angebot von Stadt und Kreis begrüßt der Anwohner. Ihm sei es wichtig, dass die Kinder die Straße endlich sicher überqueren können.
